

Neostalinistischer Trend in der Sowjetunion

In diesem Jahr ist sowohl in innersowjetischen Vorgängen als auch in der Außenpolitik deutlich erkennbar geworden, daß eine neue Phase der Politik der KPdSU begonnen hat. Diese Schwenkung kam allerdings nicht überraschend. Schon seit der Absetzung von Chruschtschow am 14. Oktober 1964 wurde in der Sowjetunion der Prozeß der Entstalinisierung abgestoppt und mit einer vorsichtigen Restalinisierung in einigen Bereichen begonnen. Die Rehabilitierungen wurden im wesentlichen eingestellt, die Enthüllungsliteratur über die Stalinära unterdrückt und die Verdienste Stalins wieder stärker hervorgehoben.

Bereits am 17. Oktober 1964 — also nur drei Tage nach Chruschtschows Sturz — nahte das Gespenst des Stalinismus in ideologischem Gewand. In der „Prawda“ wurde die „ideologische Erziehung der Sowjetmenschen“ zur Hauptaufgabe proklamiert, womit eine klare Absage an die Chruschtschowschen Vorstellungen vom „Gulaschkommunismus“ erteilt wurde. Außerdem kritisierte die „Prawda“ die „vulgarisierende Geringschätzung der Ideologie“ und forderte eine Verstärkung der ideologischen Arbeit der Partei. Der Pragmatiker Chruschtschow wurde damit ad acta gelegt.

Das Tauwetter, das sich seit Stalins Tod vor allem in der Kulturpolitik abzeichnete, schien damit zu Ende. In zunehmendem Maße wurde wieder die Richtlinie, die Lenin vor über 60 Jahren fixiert hat: „Nieder mit den parteilosen Literaten“, in den Mittelpunkt gerückt. Lenin führte damals aus, daß die literarische Tätigkeit „keine individuelle Angelegenheit“ sein dürfe, sondern vielmehr ein „Teil der allgemeinen proletarischen Sache“, ein „Rädchen und Schraubchen des einen, einheitlichen, großen sozialdemokratischen Mechanismus“ werden müsse.

Unterdrückung der Intellektuellen

In ihrer politischen Macht ist die KPdSU in der Sowjetunion konkurrenzlos. Dennoch scheint sie in der Sowjetgesellschaft ihre Rolle als „schöpferische Triebkraft“ etwas eingebüßt zu haben. Der Schock über die Enthüllungen der Stalinära ist noch nicht restlos überwunden. Die Autorität der Partei ist noch angeschlagen. Immerhin wurde ja nach Stalins Tod eingestanden, daß die Partei nicht immer recht hatte, daß sie zeitweilig nur als Werkzeug eines machtbesessenen psychopathischen Despoten fungierte. Unausrottbar sind gewisse Zweifel, ob nicht auch heute die Parteiführung wieder irren könne. Das Gewicht hat sich zum Teil verlagert auf die Berufsorganisationen, auf spezielle Interessengruppen und auf Einzelpersonen, die durch ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation miteinander verbunden sind.

Verschiedene Intellektuelle schreiben Geschichten und Gedichte jenseits aller kommunistischen Ideologie. Zwar laufen die Partei, die Kulturorganisationen und die Sicherheitsorgane dagegen Sturm, dennoch konnte z. B. eine Zeitschrift, die es wagte, Exempel engagierter Literatur zeitweilig zu veröffentlichen, ihre Auflage verdoppeln. Von zahlreichen Intellektuellen ist bekannt, daß sie für liberales Denken zugänglich und der Parteibürokratie entfremdet sind. Obwohl die meisten Studenten dem Komsomol angehören, distanzieren diese sich offen von den „Komsomoltypen“ mit Witz und Ironie. Die Parteiführung sah sich im Januar 1968 erneut ver-

anlaßt, gegen vier angeklagte Untergrundliteraten nach sorgfältiger politischer Überlegung einen Prozeß zu inszenieren. Mit diesem Literatenprozeß, dem dritten in einem Zeitraum von zwei Jahren, wollten sie erneut in der in Gang befindlichen permanenten, jetzt sogar an-schwellenden Auseinandersetzung zwischen Geist und Macht ein Exempel statuieren.

Die heutigen Erscheinungen kann man nicht losgelöst von der Entwicklung der fünfziger Jahre betrachten, denn gerade die damalige Entstalinisierungsphase mit der zunächst geduldeten, teilweise sogar geförderten Tauwetterliteratur regte zu ungewöhnlicher literarischer Produktivität an. Als dann diese Literatur unterdrückt und von den staatlichen Verlagen und Druckereien nicht mehr verbreitet wurde, entstand eine Untergrundliteratur in bedeutendem Ausmaß. Was nicht mehr offiziell gedruckt werden konnte, wurde nur noch mit der Schreibmaschine oder Abziehpresse in wenigen Exemplaren hergestellt, wanderte von Hand zu Hand, und hin und wieder gelangten auch Exemplare dieser Untergrundliteratur in „nichtsozialistische“ Länder.

Beachtenswert ist, in welchem Maß eine ausgeprägte Solidarität gegenüber den Untergrundliteraten und oppositionellen Intellektuellen anzutreffen ist. Nicht nur der Enkel des ehemaligen sowjetischen Außenministers Litwinow, der Sohn des auf Stalins Geheiß ermordeten ehemaligen Kommandanten der Leningrader Garnison Jakir und andere rebellische Angehörige der jungen Generation, sondern auch ältere, schon mit dem Leninpreis dekorierte Schriftsteller, einige Wissenschaftler und der ehemalige von Chruschtschow wegen kritischer Eingaben degradierte Generalmajor Grigorenko bekannten sich zu den Verurteilten des Januarprozesses. In einem Appell, den eine Gruppe von 31 bekannten sowjetischen Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern an das Gericht und an die Regierung gesandt hat, steht: „Alles dies kann nicht zu einer Verbesserung der Atmosphäre in einer Gesellschaft beitragen, die vor nicht langer Zeit Zeuge der umfangreichen Rehabilitierung derer war, die wegen grundloser Anklagen verurteilt worden waren.“

Ein behutsamer, aber eindeutiger Prozeß

In den vergangenen Jahren begann die Sowjetführung in zunehmendem Maße auch zu erkennen, daß sie im Block der sozialistischen Staaten wieder stärker ihre angeschlagene Führungsposition zur Geltung bringen und polyzentristische Tendenzen überwinden müsse. Es war eine geschichtliche Tragik, daß die ČSSR mit erheblicher Verspätung — erst zu Beginn dieses Jahres nach dem Sturz von Novotný — eine weitgehende radikale Entstalinisierung in Angriff nahm, bei der schließlich sogar wesentliche Elemente des Leninismus in Frage gestellt wurden, während zur gleichen Zeit in Moskau gerade der Kurs auf eine betonte Restalinisierung genommen wurde. Unausweichlich mußte dieser gegensätzliche Trend zum Konflikt führen. Zwar hat die Sowjetunion auch in der Ära der Entstalinisierung unter Chruschtschow in Machtfragen nie Konzessionen gemacht und ist auch in dieser Ära nicht vor dem Einsatz von Gewalt zurückgeschreckt (siehe Niederwerfung des Ungarischen Volksaufstandes), doch sind 1968 die Maßstäbe viel engerziger. Während es in Ungarn 1956 tatsächlich Elemente einer sogenann-

ten Konterrevolution gegeben hat, wird dies von den Tschechen bis heute bestritten.

Seit dem Sturz Chruschtschows am 14. Oktober 1964 geht in aller Stille eine „Entchruschtschowisierung“ Hand in Hand mit einer allmählichen Restalinisierung. Dabei wurde aber von seiten der Führung der KPdSU bewußt jeder spektakuläre Akzent vermieden. Es gab keinen dramatischen Auftakt zu diesem Entwicklungsprozeß etwa im Sinne der Geheimrede von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 bzw. in veröffentlichten Parteibeschlüssen.

Die Furcht vor der Zukunft

Die Veränderungen wurden seit 1964 im wesentlichen behutsam durch die Hintertür eingeführt, indem über die Chruschtschowära der Schleier völligen Vergessens gebreitet und etappenweise wieder eine positivere Bewertung der Stalinära vorgenommen wurde. Während die Anklagen gegen Stalin in Vergessenheit gebracht wurden, behandelte man Chruschtschow als Unperson, d. h., man tat so, als ob er nie eine Rolle in der Geschichte gespielt habe. Gegen Stalin fällt seitdem in offiziellen Reden und Verlautbarungen kein böses Wort. Die Schatten des Personenkultes wurden in den Hintergrund gedrängt. Von ihm wird überhaupt nicht mehr gesprochen.

Die Parteiführung kam offenbar zur Erkenntnis, daß man mit halbliberalen Maßnahmen und Rücksichtnahmen auf die Entwicklung im Weltkommunismus die chaotischen Zustände, die Chruschtschow in manchen Bereichen hinterlassen hat, nicht überwinden könne. Auch die proklamierte Koexistenzpolitik mit der Idee vom friedlichen Wettbewerb zwischen den Systemen hat offenbar in der Einschätzung der Führung der KPdSU mehr Nachteile als Vorteile erbracht. Der Wettbewerb der Systeme führte zur Unterwanderung durch systemfremde Gedanken von persönlicher Freiheit, nationaler Unabhängigkeit und der Idee der Marktwirtschaft.

In offenbarem Zusammenhang mit den ideologischen Aufweichungserscheinungen in der ČSSR sowie mit den Vorgängen in Rumänien und Jugoslawien und einigen inneren Erscheinungen in der Sowjetunion war in den vergangenen Monaten das Bestreben der Sowjetführung deutlich zu erkennen, dem Aufweichungs- und Auflockerungstrend mit aller Entschiedenheit und Konsequenz entgegenzutreten und den Anfängen zu wehren. Eine Kampagne verstärkter ideologischer Auseinandersetzung und erhöhten politischen und militärischen Drucks wurde eingeleitet.

Während ursprünglich schon zu Anfang des Jahres 1968 eine Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU zu Fragen der Wirtschaftsreform und der Landwirtschaft stattfinden sollte, wurde diese nach mehrmaliger Vertagung erst am 9. und 10. April mit einer veränderten Thematik durchgeführt. Obwohl nur wenig über diese Tagung, die zu einem Markstein bei der Fixierung der gegenwärtigen Sowjetpolitik geworden ist, publiziert wurde, so gibt es Indizien dafür, daß internationale und außenpolitische Vorgänge und Probleme der ideologischen Arbeit im Mittelpunkt gestanden haben. Insbesondere die Erörterung der Lage im kommunistischen Machtbereich und der kommunistischen Weltbewegung hat im Hinblick auf das Ende 1969 in Aussicht genommene Welttreffen der kommunistischen Parteien eine große Rolle gespielt. Kurz vor dem April-Plenum — am 29. März 1968 — hielt Breschnew eine Rede vor dem Moskauer Parteiaktiv,

in der er eine „eiserne Parteidisziplin“ forderte und scharfe Ausfälle gegen nonkonformistische Intellektuelle machte. Er bezeichnete es als Trugschluß, annehmen zu wollen, die gleichlautende Forderung Lenins habe nur für die Periode direkter revolutionärer Aktionen gegolten. Diese Anspielung war unmißverständlich. In Prag, aber auch vereinzelt in der Sowjetunion, war nämlich zu Beginn des Jahres 1968 verschiedentlich zu hören, die eiserne leninsche Parteidisziplin sei vor, während und unmittelbar nach der Machtergreifung berechtigt gewesen, jetzt aber brauche man sie nicht mehr. Bereits aus dieser Rede ging eindeutig hervor, daß für Breschnew alle Reformen und Modernisierungsbestrebungen dort ihre unüberschreitbare Grenze haben, wo sie die führende Rolle der Partei zu gefährden beginnen. Unmittelbar nach dem April-Plenum war eine allgemeine beträchtliche ideologische Verhärtung zu bemerken, die u. a. in einer Propagandaoffensive für die ungeteilte Führungsrolle der Partei und einer scharfen Bekämpfung des Prager Reformkommunismus ihren Ausdruck fand. Das Zentralkomitee erklärte nach Abschluß des April-Plenums, daß die gegenwärtige „Stufe der historischen Entwicklung“ durch eine „starke Intensivierung des ideologischen Kampfes“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus gekennzeichnet sei. Man behauptete, daß der „gesamte antikommunistische Propagandaapparat“ sich darauf konzentriert habe, die „Einheit der sozialistischen Länder und die kommunistische Weltbewegung zu schwächen“ und die „sozialistische Gesellschaft von innen zu untergraben“. Der „offensive Kampf“ gegen die „bürgerliche Ideologie“ wurde zur Pflicht aller Parteiorganisationen proklamiert.

Abschirmung gegen Reformideen

Nach sowjetischer Darstellung ist die „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ vom Westen begonnen worden. Die auf Hochtouren laufende ideologische Indoktrinierungskampagne dient aber in Wirklichkeit weniger der Bekämpfung westlicher Einflüsterungen, sondern mehr dem reformerischen Gedankengut, das sich im eigenen Lager weitgehend spontan (d. h. ohne direktes Zutun des Westens) entwickelt hat. Die reformerischen Kräfte sowohl im Ausland als auch in der Sowjetunion wurden als „politisch unreife“ bzw. „politisch und ideologisch instabile Elemente“ oder gar im schlimmsten Fall als „Renegaten oder Landesverräter“ denunziert.

Zur Auswertung des April-Plenums des Zentralkomitees der KPdSU reisten die Mitglieder des Politbüros in die wichtigsten Metropolen der Sowjetunion, um dort vor den Parteiaktivs über die Ergebnisse der Plenartagung zu berichten und die Parteikader für den „verschärften ideologischen Kampf“ zu mobilisieren. Die wiederholten nachdrücklichen Appelle zur Bewahrung der Parteidisziplin und der Verstärkung der ideologischen Wachsamkeit waren Ausdruck einer defensiven Abwehr oppositioneller Tendenzen in der KPdSU sowie in der Abschirmung von reformfreundigen äußeren Einflüssen.

Das Bemühen des Westens, „Brücken zu den sozialistischen Ländern zu bauen“, wurde als ein „schändlicher Trick“ angeprangert. Die regierungsamtliche „Iswestija“ polemisierte am 15. Mai 1968 in einem langen Artikel dagegen. In diesem wird der von verschiedenen westlichen Regierungen propagierte Versuch, Ost und West durch verstärkten Handel einander näherzubringen, als eine neue Spielart „ideologischer Subversion“ dargestellt,

denn der „Brückenbau“ solle nur dazu dienen, einzelne Länder aus dem sozialistischen Lager herauszulösen. Im Mai 1968 wurde in einem Leitartikel der parteiamtlichen „Sowjetskaja Rossija“ bemerkt, daß ein Kommunist in dieser Situation „verschärften Klassenkampfes“ kein neutraler Beobachter sein dürfe. Ein Kommunist könne denjenigen, die unter Einfluß der „bürgerlichen Ideologie“ gelangt sind, keine Toleranz und Geduld entgegenbringen. Insbesondere die Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler wurden in diesem Artikel aufgefordert, für die „Reinheit unserer Ideologie zu kämpfen und alle Kräfte und Kenntnisse in den Dienst der hohen Ideale des Kommunismus“ zu stellen.

Am 27. Mai 1968 widmete auch die „Prawda“ erneut einen Leitartikel dem „verschärften ideologischen Kampf“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Das Parteiorgan forderte das Sowjetvolk auf, aus der „ewig lebendigen Quelle“ des Marxismus-Leninismus die „moralische Kraft für neue Leistungen“ zu schöpfen. Der einzelne Sowjetbürger solle die Lehre des Marxismus-Leninismus nicht nur kennen, sondern unbeirrbar an ihr festhalten und sich im Alltag von ihr leiten lassen. Der Sowjetbürger müsse vom Glauben durchdrungen sein, daß der Marxismus-Leninismus „richtig und unbesiegbar“ und daß das Sowjetsystem dem kapitalistischen überlegen sei. Auch in diesem Artikel wurde herausgearbeitet, daß es im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie keinen Waffenstillstand, keine Konzessionen, keine Kompromisse geben könne. Für die Reinheit der Doktrin soll unablässig gekämpft werden. Es wurden entschiedene Maßnahmen gefordert, um antisozialistische Stimmungen zu entlarven, wobei insbesondere auf das „philisterhafte Verlangen, Schwierigkeiten und Mängel aufzubauschen“, hingewiesen wurde.

Spezielle polemische Abschnitte gegen nonkonformistische Intellektuelle waren auch in diesem Artikel enthalten, wobei klargestellt wurde, daß „die ideologischen Prinzipien“ der Kommunisten „keine Milde gegenüber den Eskapaden der Renegaten“ gestatten, die sich von imperialistischer Propaganda ködern ließen. Unverhüllt wurde gesagt: „Jede Handlung, die Wasser auf die Mühlen unserer Feinde gießt und deren Lob bewirkt, ist unvereinbar mit der Ehre und der Würde eines sowjetischen Bürgers.“ Die Sowjetbürger wurden ermahnt, „sich jeder Manifestation bürgerlicher Einflüsse“ kämpferisch entgegenzustellen, vornehmlich aber den Versuchen, jungen Menschen „das Gift des Nihilismus und Skeptizismus einzuträufeln“.

Ideologisches Monopol Moskaus

Der gegenwärtige Übergang zum Neostalinismus vollzieht sich jedoch in ruhigen Formen ohne direkte Wiederherstellung des stalinistischen Regimes, ohne Säuberungsprozesse, ohne neuen verbreiteten Terror der Geheimpolizei. Als gegenreformerische Bewegung enthält der Neostalinismus unzweifelhaft auch einige moderne Züge. Die Moskauer Neostalinisten wollen mit der Rückkehr zu erprobten Methoden der Stalinzeit aus der Stagnation der Reformen, der Verrottung von Wirtschaft und Gesellschaft herausführen und wieder Ordnung im Innern und Hegemonie nach außen sichern.

Neostalinismus bedeutet im wesentlichen Rückkehr zum absoluten ideologischen Monopol Moskaus bei der verbindlichen Interpretation des Marxismus-Leninismus, gesteigerte Aktivität der Geheimpolizei, verbunden mit

deren Einschaltung in innerparteiliche Auseinandersetzungen, sowie die Durchsetzung des ideologischen Führungsanspruchs Moskaus gegebenenfalls mit Waffengewalt.

Ebenso wie der Altstalinismus ein Versuch war, die Sowjetunion aus der Krise (Industrialisierung, Kollektivierung, deutsche Gefahr) herauszuführen, so soll im Neostalinismus die Krise der Gegenwart, die Erosion des kommunistischen Blocks, der wachsende Nationalkommunismus und Polyzentrismus und die untergründige Oppositionsströmung in der Sowjetunion durch eine harte Politik, bestehend aus einer Mischung von großrussischem Chauvinismus und ideologischem Dogmatismus, aufgefangen werden.

Im einzelnen findet der Neostalinismus im Augenblick u. a. in folgenden Fakten seinen Ausdruck:

1. Der zentrale Partei- und Regierungsapparat erfährt eine beträchtliche Aufwertung. Die Selbstverwaltungsbefugnisse der örtlichen Organe der Partei, des Staates und der Wirtschaft werden beschnitten. Der zeitweilig vorangetriebene Prozeß der Dezentralisierung und Verlagerung nach unten ist nicht nur völlig zum Erliegen gebracht worden, sondern wird teilweise wieder rückgängig gemacht. Anfang Oktober 1968 wurde in Parteibeschlüssen für die Ukraine mit dem Reformgeist in der Wirtschaft aufgeräumt. Die technische Intelligenz wurde wieder direkt der Oberherrschaft der kommunistischen Parteibürokratie unterstellt. In verstärktem Maße werden wieder die Geheimhaltung und die Verschleierung aller wesentlichen Momente der sowjetischen Politik eingeführt. Rechtsbeugungen verschiedener Art nehmen zu. In einem offenen Brief von 138 Vertretern aller Bevölkerungsschichten der Ukraine an Parteichef Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Staatsoberhaupt Podgorny werden Rechtsbeugungen angeprangert. In diesem Brief, der am 2. November 1968 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ auszugsweise abgedruckt wurde, heißt es abschließend u. a.:

„All diese und viele andere Fakten zeugen davon, daß die in den letzten Jahren abgehaltenen politischen Prozesse eine Unterdrückung von Andersdenkenden, eine Drosselung der staatsbürgerlichen Aktivität und der sozialen Kritik darstellen, die für die Gesundheit einer jeden Gesellschaft unerlässlich sind. Sie zeugen von der *zunehmenden Restaurierung des Stalinismus*. In der Ukraine, wo die Verletzung der Demokratie zusätzlich durch Deformierungen in der nationalen Frage verschärft wird, zeigen sich die Symptome des Stalinismus besonders deutlich und primitiv. Wir halten es für unsere Pflicht, unser tiefes Unbehagen wegen dieser Vorgänge auszudrücken. Wir appellieren an Sie, Ihre Autorität und Ihre Kompetenz zu benutzen, damit die Gerichts- und Anwaltschaftsorgane die sowjetischen Gesetze streng befolgen und die in unserem gesellschaftlich-politischen Leben entstehenden Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in der ideologischen Sphäre gelöst und nicht der Staatsanwaltschaft und der Staatssicherheit übertragen werden.“

Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft

2. Der Einfluß der Militärs auf das öffentliche Leben hat beträchtlich zugenommen, ebenso wurden auch die Rüstungsanstrengungen erheblich gesteigert und die Satellitenstaaten zu größeren Verteidigungsanstrengungen angespornt.

3. In aller Offenheit wird wieder vom Klassenkampf in

der sozialistischen Gesellschaft gesprochen. Die Freund-Feind-Theorie wird restauriert. Die These von der Einheit des ganzen Sowjetvolkes wurde fallengelassen, weil dies einer Klassenkampfesinnung abträglich ist. Das Wiederauftauchen der These vom fortbestehenden Klassenkampf ist als Signal für innenpolitische Verhärtungen zu werten. Klassenkampf setzt voraus, daß es innere Feinde gibt, die man hart und gnadenlos bekämpfen muß. Feinde braucht man in erster Linie nicht zu überzeugen, sondern man muß sie niederhalten und sie unter allen Umständen unschädlich machen.

Mit der wiederholten nachdrücklichen Verurteilung der schleichenden Konterrevolution und der „ideologischen Diversion“ wurde praktisch jeder Reformversuch auch innerhalb der Sowjetunion als Verbrechen qualifiziert, dessen Ausführung von der Partei vorbeugend verhindert werden müsse.

In zunehmendem Umfang werden wieder vorbeugende Maßnahmen gegen potentielle Abweichler gerechtfertigt. Nicht nur Taten, sondern bereits eine bestimmte Gesinnung, die sich einmal in Taten äußern könnte, ist heute nicht nur suspekt, sondern zum Teil schon strafwürdig. Die Geheimpolizei hat in jüngster Zeit Weisung erhalten, jegliche Kritik an der Intervention gegen die ČSSR radikal zu verfolgen. Verhaftungen unter oppositionellen Intellektuellen und Jugendlichen sind im Baltikum, im Kaukasus, in der Ukraine und vereinzelt auch in Leningrad und Moskau erfolgt. Selbst sogenannte Flüsterpropaganda und das Abhören ausländischer Sender werden geahndet. Einige Demonstranten wie Pawel Litwinow und Larissa Daniel wurden vor Gericht gestellt und verurteilt, weil sie gegen die sowjetische Intervention öffentlich protestiert haben. In der Presse wurden die Angeklagten als „Parasiten“ und asoziale Elemente verunglimpft. Seit April 1968 erfolgten zahlreiche Ausschlüsse von nicht linientreuen Sowjetbürgern aus der Partei und aus den Berufsverbänden, was meist eine beträchtliche Berufsbehinderung und erhebliche wirtschaftliche Nachteile für die Betroffenen zur Folge hat. Insbesondere jene Schriftsteller und Künstler wurden davon betroffen, die sich mit verurteilten Untergrundliteraten solidarisiert bzw. gegen deren Verurteilung in Protestbriefen Einspruch erhoben hatten.

Reaktivierung des Komsomol

4. Die Parteipropaganda und -agitation wurde in den letzten Monaten auf Hochtouren gebracht. Eine Indoktrinationswelle von einer in den letzten Jahren unbekanntem Intensität hat die gesamte UdSSR erfaßt. Auch im Komsomol wurde die ideologische Arbeit erheblich verstärkt.

Am 6. Oktober 1968 veröffentlichten die meisten sowjetischen Zeitungen ein Zehn-Punkte-Programm zur Reaktivierung des Komsomol im „Geiste der revolutionären Tradition“. Aus einer Verfügung des ZK der KPdSU anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des Komsomol geht hervor, daß die 23 Millionen Komsomolzen zum Haß gegen die bürgerlichen Klassenfeinde und deren Moral und Ideologie erzogen werden sollen. Die parteiische Erziehung der Jugend soll allerorts verstärkt werden. Die Aufnahme an Hoch- und Fachschulen sowie die Zubilligung von Stipendien ist wieder nur noch bei einer Befürwortung durch das örtliche Mitglied des Komsomol möglich. Der Komsomol wird künftig auch ein erweitertes Mitspracherecht bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen

für Hoch- und Fachschulabsolventen haben. Mißliebige, politisch nicht so positiv beurteilte Absolventen können dann leicht in sowjetische Entwicklungsgebiete abgeschoben werden.

Anfang Oktober 1968 faßte auch das Zentralkomitee der kommunistischen Partei in der für nationale Traditionen besonders anfälligen Ukraine mehrere wichtige Beschlüsse, in denen eine erhöhte Kontrolle der Universitäten und der Technokraten festgelegt wird. Aus diesen Beschlüssen ist der Wille zu einer umfassenden Umerziehung der Jugend, vor allem der Studenten, zur Stärkung der Rolle des Komsomol sowie zur Militarisierung des Schul- und Erziehungsprogramms erkennbar. In den Referaten wurde vor dem ideologischen Feind gewarnt, der revisionistische und nationalistische Elemente als Werkzeuge benutze, um das Bewußtsein der heranwachsenden Generation zu vergiften. Die gesamte ideologische Arbeit soll in der Ukraine intensiviert werden. Im Alltag sollen „neue sowjetische Sitten und Kulthandlungen“ eingeführt werden. Die Armee und die paramilitärischen Organisationen wurden zusammen mit dem Komsomol verpflichtet, die „militärisch-patriotische Erziehung der Jugend“ zu verstärken.

In der Propaganda und Agitation der KPdSU ist zur Zeit die Bewahrung vaterländischer Traditionen — gegenüber der internationalistischen Erziehung — in den Vordergrund getreten. Es werden Fahrten auf die Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges organisiert, bei denen Marschälle, Generäle und Offiziere der Jugend über die Schlachten von einst berichten. Die Jugend wurde angespornt, die Grabmäler zu pflegen und alte Flugzeug- und Panzerwracks auszugraben und in Ehren zu halten. Der Besuch des Grabmals des unbekanntem Soldaten ist in Moskau neben dem Besuch des Lenin-Mausoleums weitgehend zu einem obligatorischen Bestandteil der Besucherprogramme geworden.

5. Die Presse wird wieder stärker unmittelbar von der Partei kontrolliert. Die Selbständigkeit der Redaktionen wurde eingeschränkt. Den 11 000 lokalen Zeitungen wurde durch eine Weisung des Zentralkomitees der aus der Ära Chruschtschow noch übriggebliebene Spielraum für Eigeninitiativen wieder eingengt. Die Redaktionen müssen sich laufend wieder Direktiven bei den örtlichen Parteileitungen holen. In Parteiveranstaltungen der Massenmedien wird gegenwärtig die Forderung erhoben, die „ideologische Schlampe“ zu überwinden und mit der „Unterschätzung feindlicher Einflüsse radikal aufzuräumen“.

6. Entgegen den historischen Aussagen während der Chruschtschowära wird wieder eine Neubearbeitung der Parteigeschichte nach den Bedürfnissen der gegenwärtigen Führung vorgenommen, bei der vornehmlich die Verdienste Stalins wieder positiver gewürdigt werden, wenngleich dabei Verzerrungen im Sinne einer Rückkehr zum Personenkult vermieden werden. Heute heißt es z. B. wieder Schlacht bei Stalingrad und nicht mehr Schlacht an der Wolga.

Defensiver Isolationismus

7. In der Außenpolitik ist die Idee von friedlicher Koexistenz und Wettbewerb der Systeme in den Hintergrund gedrängt worden. Der Parteiführung geht es heute mehr um Konfrontation, um verschärfte politisch-ideologische Auseinandersetzungen im Weltmaßstab. Die Brückenbau-Konzeption des Westens wird als Versuch

„ideologischer Diversion“ ausgelegt. Mit allem Nachdruck wird in der Sowjetpropaganda der „fortbestehende Gegensatz zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager“ hervorgehoben. Praktisch kehrt man zur Konzeption von den beiden feindlichen Lagern der Weltpolitik und dem verschärften Kampf zwischen Ost und West zurück.

Durch eine willkürliche Verknüpfung verschiedener Konflikte, z. B. Vietnam und Nahost, sowie durch die Kampagnen gegen den „westdeutschen Revanchismus“ und die „aggressive NATO“ wird wieder das Bild einer versuchten Einkreisung der Sowjetunion beschworen. Die Parteiführung ist in mancher Beziehung jetzt geneigt, sich auf eine Art defensiven Isolationismus zurückzuziehen und sich in Auslandskontakten stärker abzukapseln, um zunächst in ihrem Machtbereich Stabilität zu gewährleisten.

Die Parteiführung ignoriert konsequent alle zum Teil von ihr verschuldeten Zerfallerscheinungen im Weltkommunismus. Die beschwörenden Appelle italienischer, französischer und anderer Kommunisten verhalten bisher wirkungslos. Die Partei scheint gegenwärtig davon überzeugt, daß es nicht vertretbar sei, durch die Beachtung derartiger Appelle sich bei der Verwirklichung ihrer Politik behindern zu lassen. Die westlichen Kommunisten, die sich gegen die Intervention in der ČSSR auflehnten, gelten in der Sicht der Führung der KPdSU als vom Kapitalismus infiziert und als unsichere und unzuverlässige Bundesgenossen.

Die Priorität der sowjetischen Staatsinteressen gegenüber den Interessen einzelner kommunistischer Parteien wird wieder deutlich betont. Freimütig wird argumentiert, daß die sowjetische Staatsräson die Überwindung der zentrifugalen Tendenzen in den Satellitenstaaten erfordere. Eine konsequente Integrationspolitik auf militärischem, wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet wird als notwendig erachtet.

Abbau nationaler Souveränität

8. Anstelle der Idee von einer sozialistischen Völkergemeinschaft gleichberechtigter souveräner sozialistischer Staaten, denen im Innern in beträchtlichem Umfang auch eigene Wege zum Sozialismus gestattet werden, tritt faktisch wieder die alte Kominternformel, wonach die KPdSU Vorbild und Führer der anderen Parteien ist und nur in sekundären Fragen in anderen Ländern eigene Methoden angewendet werden dürfen. Die Treue zur KPdSU und die vorbehaltlose Unterstützung der Politik Moskaus wird wieder als eine der wichtigsten Tugenden propagiert. Es geht heute weniger um die Freundschaft mit relativ gleichberechtigten Bruderländern und Bruderparteien als Partnern, sondern um gefügige Werkzeuge. Nationale Freiheit und Eigenständigkeit wurden nur geduldet, soweit sie nicht mit den Grundinteressen Moskaus kollidieren. Deutlich tritt wieder hervor: Kommunismus ist, was der Sowjetunion nützt.

9. Der Idee der nationalen Souveränität wird restriktiv ausgelegt. In einem grundsätzlichen Artikel in der parteiamtlichen „Prawda“ unter der Überschrift „Die Souveränität und die internationalen Pflichten sozialistischer Länder“ vom 26. September 1968 werden u. a. folgende Thesen vertreten: Die kommunistischen Parteien sind nicht nur ihrem Land, sondern der kommunistischen Weltbewegung verantwortlich. Die Interessen der sozialistischen Gemeinschaft sind wichtiger als die Interessen

eines einzelnen sozialistischen Landes. Die Rechtsnormen — auch solche des Völkerrechts — können nicht „eng formalistisch“ ausgelegt werden. Die Gesetze und Rechtsnormen sind vielmehr völlig dem Klassenkampf unterzuordnen.

Die bisherigen völkerrechtlichen Normen von der Untastbarkeit der Souveränität werden als abstrakt und ohne klassenpolitischen Inhalt abgewertet. Innerhalb der sozialistischen Völkergemeinschaft kann es in den zwischenstaatlichen und zwischenparteilichen Beziehungen keine generelle fiktive Souveränität geben. Jedes sozialistische Land hat sich dem kollektiven Willen und Handeln der anderen Partner, mit Moskau an der Spitze, zu unterwerfen und besitzt keine Rechtsmittel, um dagegen aufzutreten. Es wird davon ausgegangen, daß in der Kette sozialistischer Staaten die Sowjetunion das stärkste Glied ist. Dabei wird dem stärksten Glied das Recht und die Pflicht eingeräumt, schwächeren Gliedern der Kette notfalls mit dem Hammer beizustehen, um sie wieder in Ordnung zu bringen. Die Gendarmenrolle der Sowjetunion wurde damit faktisch begründet. Praktisch wird damit jede Intervention gerechtfertigt, wobei die Sowjetunion als Führungsmacht allein entscheiden kann, wo und wann ein Eingreifen erforderlich ist.

In ähnlicher Weise wurden auch die Ideen von einem „humanistischen Sozialismus“ verurteilt. Am 22. September 1968 verurteilte die „Prawda“ den „Pluralismus“ als gefährliche Abweichung und hob hervor, daß das sowjetische Modell nicht nur für die Sowjetunion, sondern für alle sozialistischen Staaten gelte.

10. Beachtenswert ist auch, daß Jugoslawien praktisch als sozialistischer Staat abgeschrieben ist und Tito wieder als Ketzer angesehen wird, wenigleich auf eine breite kampagnenartige Polemik weitgehend verzichtet wird. Auf Rumänien wird der politische und militärische Druck verstärkt, um es wieder ganz auf Vordermann zu bringen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die UdSSR auch in Rumänien ein Stationierungsrecht erwirken würde. Augenblicklich ist Rumänien der einzige Staat des Warschauer Paktes, in dem noch keine sowjetischen Divisionen stationiert sind.

In der gegenwärtigen Kampagne der verstärkten ideologischen Auseinandersetzung ist bemerkenswert, daß innerhalb der Sowjetunion der Begriff „Dogmatiker“ keine Verwendung mehr findet. Die Auseinandersetzung erfolgt nur mit dem Rechts- oder Linksrevisionismus. Offenbar ist die Parteiführung mit sich selbst einverstanden, sich dogmatisch zu verhalten, ohne es offiziell zu betonen. Die Begriffe Dogmatiker und Dogmatismus stellen jedenfalls zur Zeit in der Sicht der Sowjetpropaganda keinen negativen Wert dar.

Bei der Beurteilung der jüngsten Sowjetpolitik wird vielfach davon ausgegangen, daß in der Sowjetführung tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten und Fraktionskämpfe bestehen. Es ist schwer auszumachen, wieweit Wunschvorstellungen mit den Fakten und der möglichen Entwicklung in Einklang stehen. Djilas stellte jedenfalls kürzlich in der „Times“ fest: „Die Sowjetunion wird heute nicht, wie zu Stalins Zeiten, von bigotten und reaktionären Dogmatikern beherrscht, noch, wie zu Chruschtschows Zeiten, von wirrköpfigen, aber tapferen Reformern regiert, sondern von phantasielosen, gesichtslosen Männern in der Parteimaschine, für welche Ideologie und Ideen lediglich Werkzeuge zum Ausüben von Druck sind, Waffen im Spiel der Täuschung und der Expansion.“